

Westeuropas Kommunisten : Einflusszonen und Perspektiven

Autor(en): **Timmermann, Heinz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163104>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Westeuropas Kommunisten

Einflusszonen und Perspektiven

I.

Parallel zum Abbau der politischen Konfrontation des kalten Krieges und zum wachsenden gesellschaftlichen Problemdruck zeichnete sich im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte eine bemerkenswerte Verschiebung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses in den wichtigsten westeuropäischen Ländern ab. Stand die Wiederaufbau- und Restaurationsperiode der fünfziger Jahre ganz im Zeichen *konservativ-christlicher* Parteien und Organisationen, so erlebte in den sechziger Jahren die *Sozialdemokratie* mit attraktiven gesellschaftspolitischen Reformkonzepten einen bemerkenswerten Aufschwung. Die weitere Zuspitzung der krisenhaften Entwicklung in Westeuropa schliesslich, die sich vor allem in wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichgewichten ausdrückt, hat jetzt den *Kommunisten* im Süden und Südwesten des Alten Kontinents einen starken Aufschwung gebracht.

Bis vor wenigen Jahren noch verfolgt, isoliert, allenfalls als lästige Tribünen der Anliegen der arbeitenden und sozial schwachen Schichten toleriert, sind die kommunistischen Parteien in mehreren Ländern zu wichtigen, längerfristig vielleicht sogar mitentscheidenden politischen Faktoren geworden. Ohne ihr sozialistisches Langzeitprogramm aufzugeben, haben es einige unter ihnen durch beharrliche Arbeit verstanden, ihre Positionen zu konsolidieren und auszubauen sowie ihren Einfluss unter den Gewerkschaften, der ländlichen Bevölkerung, den Mittelschichten und den Jugendlichen zu erweitern.

Was sind das für Kommunisten, die sich anschicken, den Alten Kontinent von seiner südlichen und westlichen Flanke her aufzurollen? Sind sie dabei, sich zu «sozialdemokratisieren» und damit zu «systemstabilisierenden Reformparteien» zu werden, wie es ihnen Randgruppen von links vorwerfen? Oder sind sie nach wie vor moskauhörig, wie rechte Gegner behaupten? Werden sie das westliche Bündnis und das europäische Einigungswerk unterminieren und schliesslich zum Einsturz bringen? Oder werden sie langfristig eher zur wirtschaftlich-sozialen und damit letztlich auch zur

politischen Stabilisierung Westeuropas beitragen? Letzteres vermuten – auf Italien bezogen – so einflussreiche Leute wie der Industrielle Aurelio Peccei, der Vorsitzende des durch die Untersuchung über die «Grenzen des Wachstums» bekannt gewordenen Club of Rome. Peccei vertrat vor kurzem die bemerkenswerte Ansicht, in Italien könne ein Mann wie KPI-Generalsekretär Berlinguer

«Europa viel eher als irgendein nichtsozialistischer Führer des Landes genügend weitreichende, moderne und langfristige Ziele setzen». (Le Monde 1. August 1974.)

Wie steht es nun mit dem Charakter der westeuropäischen kommunistischen Parteien? Die Zeiten einer zentral gelenkten kommunistischen *Weltpartei* im Zeichen der Komintern sind vorbei; alle Versuche zur Formierung eines regional ausgerichteten, politisch und organisatorisch homogenen Kommunismus in Westeuropa sind bisher schon im Ansatz gescheitert.

Das ist freilich alles andere als verwunderlich: schliesslich operieren die grossen kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs unter anderen Bedingungen als ihre illegalen Bruderparteien in Spanien und in der Türkei oder die einflusslosen Parteien in Dänemark, den Niederlanden oder der Bundesrepublik. Die französischen Kommunisten kämpfen im Zeichen eines gemeinsamen Regierungsprogramms mit den Sozialisten, während die Italiener sich mit den Sozialisten und den Christdemokraten in einem «historischen Kompromiss» treffen wollen. Die dänischen und die bundesdeutschen Kommunisten hingegen befinden sich in der Defensive und grenzen sich von den Sozialdemokraten ab, die türkischen Kommunisten kämpfen um das nackte Überleben.

Während die KP Portugals in der langen Periode ihrer Unterdrückung zu einer ideologisch orthodoxen, straff geführten Kaderpartei wurde, die ihre einzige Chance in der gewaltsamen Revolution sah, entwickelte sich die KP Italiens nach 1945 zu einer linken Volkspartei, die die Parole eines friedlichen Weges zum Sozialismus auf ihre Fahnen schrieb. Wie gross die Unterschiede zwischen den kommunistischen Parteien Westeuropas heute sind, geht aus den heftigen Auseinandersetzungen über den Charakter der geplanten gesamteuropäischen Gipfelkonferenz der Kommunisten hervor: Während einige Parteien, darunter die dänische, deutsche und mit Einschränkungen auch die französische KP sich den sowjetischen Wünschen anschlossen, ein sämtliche Kommunisten verpflichtendes ideologisches und politisches Kampfprogramm auszuarbeiten, weigerten sich die italienischen und spanischen Kommunisten (im Verein mit den Rumänen und Jugoslawen), ein derartiges Dokument zu unterzeichnen. Eher wollten sie die Konferenz platzen lassen. Denn – so die KP Spaniens –

«heute gibt es zwischen den kommunistischen Parteien unterschiedliche Ansichten über so wichtige Probleme wie den friedlichen Weg zum Sozialismus. Angesichts solcher Probleme wäre es negativ, mit doppeldeutigen Formeln den Eindruck einer falschen Einmütigkeit zu erwecken».

II.

Warum ist es den Kommunisten Nord- und Mitteleuropas – Finnland ausgenommen – im Gegensatz zu ihren süd- und südwesteuropäischen Bruderparteien nicht gelungen, grössere Einbrüche in die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu erzielen?

Hier spielen Unterschiede allgemeiner, aber auch spezifischer Art hinein. Wenn beispielsweise die KPD in der Bundesrepublik nach 1945 keine Chance hatte, ihre führende Position im Westeuropa der Zwischenkriegsperiode zu bestätigen, so sind die Gründe dafür komplexer Natur. Zum einen liegen sie darin, dass sich die Partei durch ihre Komintern-inspirierte, abenteuerliche «Sozialfaschismus»-These, die mit zum Sieg des Nationalsozialismus beitrug, in weiten Kreisen der Bevölkerung diskreditiert hatte. Zum andern musste die totale Identifizierung der KPD mit den Zielen der sowjetischen Kommunisten die Menschen in einem Lande, in dem der kalte Krieg seine heftigste Ausprägung erfuhr, zwangsläufig abstossen. Die Furcht vor einem expansiven Ausgreifen der Russen nach Westeuropa, die durch die Sowjetisierung der späteren DDR noch verstärkt wurde, liess die Chancen jeder politischen Kraft, die sich mit Moskau und Ost-Berlin solidarisierte, auf den Nullpunkt sinken.

Über solch spezifische Ursachen hinaus aber haben es die Kommunisten in den hochindustrialisierten Ländern Skandinaviens und Mitteleuropas seit jeher schwer gehabt, der starken, überwiegend nichtmarxistischen, reformorientierten Sozialdemokratie das Wasser abzugraben und deren soziale Einflusszonen in Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstigen flankierenden Organisationen zu schwächen oder gar selbst zu besetzen. Ihre Mitgliederzahl stagniert im allgemeinen bei 30000–40000, und bei Wahlen kamen sie kaum je über 2 bis 3% hinaus.

Gewisse Ausnahmen bilden die schwedischen und die britischen Kommunisten, und zwar in unterschiedlicher Weise. Die *schwedische* KP hat es in den letzten Jahren verstanden, ihre Parteibasis über den traditionellen Stamm der Industriearbeiter und der Landarbeiter des Nordens hinaus in die neuen Angestelltenschichten und die Intelligenz hinein zu erweitern. Mit 5,3% der Wählerstimmen und 19 Abgeordneten nimmt sie die Chance der Pattsituation im Reichstag zwischen den bürgerlichen Parteien

und den Sozialdemokraten wahr, um in kritischer Solidarität das sozialdemokratische Minderheitskabinett Palme von aussen zu unterstützen und sich so als Interessenvertreterin der sozial Schwachen weiter zu profilieren.

Die *britischen* Kommunisten, bei Wahlen völlig unbedeutend, greifen über die *Gewerkschaftsbewegung* in das politische Kräftespiel des Landes ein. Zwar gelang es ihnen nicht, die traditionell engen Bindungen zwischen Labour Party und Trade Unions zu lockern, und deshalb ist der kommunistische Einfluss indirekt, oft schwer lokalisierbar. Es ist jedoch kein Geheimnis, dass eine Reihe ehemaliger oder aktiver Kommunisten führende Funktionen beispielsweise in den grossen und politisch relevanten Gewerkschaften der Bergbau-, Transport- und Werftarbeiter ausüben. Insofern ist die Einschätzung einiger Beobachter, England werde heute gleichsam von den Kommunisten mitregiert, nicht völlig aus der Luft gegriffen.

Eine weitere Ausnahme bildet die *KP Finnlands*, und zwar insofern als sie sich nach 1945 eine Massenbasis schaffen konnte und seit 1966 sogar in mehreren Regierungen vertreten war. Zweifellos hat die sowjetische Starthilfe nach dem Kriege nicht wenig zum Aufschwung der KP beigetragen, und noch heute wirkt sich die starke Konditionierung der finnischen Politik durch Moskau, die die KP Finnlands zu einem Sonderfall unter den nichtregierenden kommunistischen Parteien des Alten Kontinents macht, positiv für die Kommunisten aus.

Darüber hinaus aber hat die KP Finnlands grosse Eigenkräfte mobilisieren und ihren politischen und sozialen Einfluss der Nachkriegszeit über die Kalte-Kriegs-Periode hinaus retten können. Ihre rund 50000 Mitglieder stammen im wesentlichen aus dem weniger qualifizierten Industrieproletariat des Südens und des Westens sowie aus dem ärmeren Teil der Landbevölkerung des Nordens – den Gebieten des sogenannten «Einöds-» oder «Urwaldkommunismus». Ihren Wählereinfluss, der immerhin bei 19% liegt, konnte die Partei nicht zuletzt über den Volksdemokratenverband steigern, der den Kommunisten als parlamentarische Mantelorganisation dient und der vor allem bei Wahlen zahlreiche Sympathisanten mobilisiert und damit weit in das sozialdemokratische Einflussfeld hineinwirkt. Wichtigste flankierende Organisationen sind die Gewerkschaften: Nach der Wiedervereinigung der Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1969 gelang es den Kommunisten, den Sozialdemokraten die Führung in einigen Branchenorganisationen zu entreissen und in den meisten anderen (darunter den Holz- und Metallarbeitern) wichtige Positionen zu erobern.

Gleichwohl stagniert die Mitgliederzahl der KP Finnlands seit einiger Zeit; die Wählergefolgschaft geht sogar zurück. Das hängt nicht zuletzt mit der ideologischen und politischen Bewegungslosigkeit zusammen, zu der die KP aufgrund des labilen Gleichgewichts zwischen Konservativen und Re-

formern innerhalb der Partei verurteilt ist. Zwar unternahm die neue Parteiführung, die ihren Stützpunkt vor allem in Helsinki hat, nach 1965 energische Schritte, um durch ein konsequentes, stark von KPI-Vorstellungen beeinflusstes Reformprogramm die traditionelle Mitglieder- und Wählerbasis in die neuen Angestelltenschichten hinein zu verlängern. Die Widerstände der Konservativen, die ihre soziale Basis in den Industriegebieten des Südwestens haben und die von Moskau aus ideologisch und politisch stark unterstützt werden (ohne dass die KPdSU freilich an einer Spaltung der KPFI interessiert wäre, im Gegenteil) – diese Widerstände waren jedoch so stark, dass die KP Finnlands nach der Intervention in die ČSSR, an der sich die innerparteilichen Gegensätze erneut entzündeten, ihren neuen Kurs abbrechen musste, wollte sie die offene Spaltung vermeiden. Nutzniesser dieser kommunistischen Stagnation sind die Sozialdemokraten: Ihrerseits seit Mitte der sechziger Jahre nach links gerückt, üben sie eine wesentlich grössere Anziehungskraft auf die neuen Angestellten im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich, auf die wissenschaftlich-technische Intelligenz und auf die jüngere Generation aus als die Kommunisten.

Der Erfolg der kommunistischen *Massenparteien Süd- und Südwesteuropas* liegt nicht zuletzt darin, dass sie es verstanden haben, ihre parlamentarische Arbeit in den Gremien mit ausserparlamentarischen Aktivitäten vor allem im Bereich der Gewerkschaften, der Genossenschaften, unter den Jugendlichen und teilweise auch unter den Landarbeitern zu verbinden. Der Aufbau eines solchen «Netzes von Zentren demokratischer Macht», wie es KPI-Chef Berlinguer nannte, trug nicht nur zur festeren Verwurzelung dieser kommunistischen Parteien in ihren Gesellschaften bei: er gibt darüber hinaus den politischen Zielen der Kommunisten die nötige soziale Schubkraft. Schliesslich ist die geschickt verzahnte Doppelstrategie parlamentarischer Gremienarbeit und ausserparlamentarischer Massenmobilisierung für die Kommunisten auch deshalb notwendig, um den revolutionären Charakter der Partei gegen den als Gefahr erachteten sozialdemokratischen Pragmatismus auf der einen und den linkssektiererischen Verbalradikalismus auf der anderen Seite zu bewahren.

Wo im einzelnen liegen die politischen und sozialen Einflusszonen der grossen kommunistischen Parteien des Mittelmeerraumes? Der *portugiesischen* KP ist es gelungen, ihre hervorragend organisierte *Kaderpartei* in eine *Massenpartei* von rund 100000 Mitgliedern zu transformieren, die sich vor allem aus der städtischen Industriearbeiterschaft sowie aus Teilen der Intelligenz und des Landarbeiterproletariats im agrarisch-feudalen Süden rekrutieren. Ihre relativ schwache Position unter den Wählern – die Kommunisten erhielten bei den Wahlen zur Konstituante lediglich 12,5% der Stimmen, zu denen freilich noch die 3,5% der Demokratischen Volksbewe-

gung, einer kommunistischen Satellitenpartei, hinzuzuzählen sind – gleicht die Partei durch den Ausbau ihrer Positionen im sozialen und auch im administrativen Bereich aus – Positionen übrigens, die sie zum Teil bereits während ihrer Illegalität mit Blick auf einen künftigen Umsturz erobert hatte. So übt sie über die Einheitsgewerkschaft Intersindical sowie über die Demokratische Volksbewegung, die von einer Dachorganisation der gesamten Linken zur Satellitenpartei der Kommunisten schrumpfte, beträchtlichen Einfluss aus: Über die Intersindical wirkt die KP stark in den Wirtschafts- und Bankenbereich, ja sogar in den Bereich der Massenmedien hinein; über die Demokratische Volksbewegung war es ihr nach dem Sturz des Caetano-Regimes möglich, in einer grossen Zahl von Städten und Gemeinden den politischen und Verwaltungsapparat mit eigenen Leuten zu besetzen. Genau dies aber – der Kampf um die entscheidenden *Macht*-positionen in der Gesellschaft – ist der Kernpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialisten und Kommunisten in Portugal: Die Sozialisten, die mit 37% als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgingen, kämpfen jetzt darum, die kommunistische Hegemonie in Gewerkschaften, Kommunen und Massenmedien zu brechen und ihrem Wahlerfolg durch parallele eigene Einflussnahme in diesen Bereichen den nötigen Nachdruck zu verleihen.

In *Spanien* sind die Kommunisten innerhalb der antifrankistischen Opposition eine bedeutende, landesweit operierende Kraft. Ihre wesentlichen Stützpunkte hat sie in der Arbeiterklasse der industriellen Ballungszonen um Barcelona und Madrid sowie an der Nord- und Südküste des Landes. Darüber hinaus verfügt sie über einen bedeutenden Anhang in der ländlichen Bevölkerung sowie unter den neuen Mittelschichten, insbesondere unter den Intellektuellen und der wissenschaftlich-technischen Intelligenz. Gegebenenfalls liesse sich die Kaderpartei rasch in eine Massenpartei transformieren: Mit rund 10000–20000 aktiven Mitgliedern im Lande verfügt die KP Spaniens über einen Kern, der demjenigen der italienischen Kommunisten in der Übergangsphase von der Kaderpartei im Untergrund zur Massenpartei in der Legalität 1944/45 vergleichbar ist.

Im sozialen Bereich bilden die einst halblegalen, heute in den Untergrund gedrängten, aber innerhalb der offiziellen Syndikate operierenden Arbeiterkommissionen das Haupteinflussfeld der Kommunisten. Die Arbeiterkommissionen erweisen sich für die Kommunisten einmal deshalb von Nutzen, weil sie christliche, kommunistische und zum Teil sozialistische Gewerkschafter im gemeinsamen Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse vereinen und somit als Kern des von der KP angestrebten breiten antifrankistischen Bündnisses gelten können. Zum andern zeigte sich erst vor kurzem, dass die Arbeiterkommissionen schon heute eine ernst zu neh-

mende Macht darstellen: Bei den jüngsten Wahlen zu der offiziellen Gewerkschaftsorganisation errangen die von den Arbeiterkommissionen aufgestellten Einheitslisten der Opposition besonders in den Grossbetrieben wie den SEAT-Autowerken sowie bei den Siemens- und Olivetti-Niederlassungen spektakuläre Siege, teilweise sämtliche Sitze.

Die *französische* KP ist – der KP Finnlands vergleichbar – sozial noch immer überwiegend die traditionelle Partei der Arbeiterklasse mit gewissen Stützpunkten unter den Kleinbauern und der Intelligenz. Das macht ihre Kampfkraft und ihre Geschlossenheit, aber auch ihre Schwäche aus: Die Zahl ihrer Mitglieder- und Wählerstimmen stagniert bei 350000–400000 beziehungsweise bei 20–22%, und alles Bemühen, sich als offene und diskussionsfreudige Partei *aller* Arbeitnehmer darzustellen, hat bislang nicht die erhoffte Steigerung ihres Wähler- und Mitgliederpotentials gebracht.

Aus dieser Sicht wirkte das 1972 abgeschlossene Linksbündnis mit den Sozialisten sogar ausgesprochen kontraproduktiv. Die Sozialistische Partei Mitterrands konnte sich gerade im Linksbündnis neu profilieren, Mitglieder und Wähler in jenen Bereichen hinzugewinnen, in denen die Kommunisten Fuss fassen wollten: unter den neuen Mittelschichten, den höheren Angestellten, Technikern und Kadern. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die Sozialisten, was die Wählerstimmen angeht, die Kommunisten mittlerweile überholt haben.

Wenn es der KP gleichwohl gelang, die Herausforderung der Anhänger Mitterrands zumindest vorerst abzuwehren, so nicht zuletzt deshalb, weil sie im Gegensatz zu den Sozialisten eine ideologisch und politisch geschlossene Partei ist, über eine schlagkräftige Organisation verfügt und noch immer mehr als dreimal so viel Mitglieder hat wie ihr Partner-Konkurrent. Vor allem aber darf nicht übersehen werden, dass die Kontrolle über die CGT-Gewerkschaft, die stärkste der drei französischen Richtungsgewerkschaften, den Kommunisten einen kaum zu überschätzenden Einfluss im sozialen Bereich verschafft – einen Einfluss, der es ihr ermöglicht, durch verstärkte Militanz in den Betrieben ihre Führungsrolle als *die* Partei der Arbeiterklasse zu unterstreichen. Dem haben die Sozialisten trotz gewisser Querverbindungen zum zweitgrössten, ehemals katholischen Gewerkschaftsverband CFDT vorerst nichts Vergleichbares entgegenzusetzen.

Die *italienische* KP schliesslich, mit über 1,7 Mio. Mitgliedern nach der Labour Party mitgliederstärkste Partei der Arbeiterbewegung in Westeuropa überhaupt, ist nach den Juni-Wahlen mit ihren über 33% Wählerstimmen endgültig zu einer linken Volkspartei geworden. Über ihr traditionelles Elektorat in der Industriearbeiterschaft sowie unter den Genossenschaftsbauern und Handwerkern in Nordmittelitalien hinaus erzielten sie

jetzt auch tiefe Einbrüche im Angestellten- und Dienstleistungsbereich, unter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und sogar unter kleinen und mittleren Industriellen.

Die Kommunisten sind auf dem Wege, die ein Vierteljahrhundert unangefochtene Hegemonie der Christdemokraten auf allen Feldern zu brechen und zur stärksten Partei des Landes zu werden. Organisatorisch und politisch ist die KP weitaus geschlossener und damit schlagkräftiger als die in mehrere einander heftig befehdende Strömungen zersplitterte Democrazia Cristiana. Während diese zu einer Partei der zurückgebliebenen Landstriche vor allem des Südens zu schrumpfen und die Gunst der dynamischen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten zu verlieren droht, gewann jene gerade unter den Jugendlichen sowie unter den sozialen Aufsteigern hinzu und erzielte spektakuläre Erfolge vor allem in den Grossstädten und in den hochindustrialisierten nördlichen Landesteilen. Hier zahlt sich aus, dass die Kommunisten unter starkem Einfluss Togliattis die Lehren aus der Vergangenheit gezogen haben: Mit ihrer Selbstdarstellung als Partei der Ordnung, der Mässigung und des Verantwortungsbewusstseins gelang es ihnen, grosse Teile der alten und neuen Mittelschichten, die besonders in Krisenperioden die Massenbasis für faschistische Bewegungen abzugeben pflegen, zu sich herüberzuziehen und den sich Anfang der siebziger Jahre abzeichnenden Rechtstrend nach links umzubiegen.

Hinzu kommt ein weiteres: Während sich die Verbindungen der ehemals christlichen Gewerkschaften zu ihrer Mutterpartei immer mehr lockerten und auch die Ideologie der Christdemokraten – der katholische Glaube mit seinen ins Politische gewendeten moralischen Werten – an Ausstrahlungskraft verloren hat, konnten die Kommunisten im Zuge des gewerkschaftlichen Einigungsprozesses ihren Einfluss auf die Gewerkschaftsbewegung über die von ihnen kontrollierte CGIL-Gewerkschaft, die stärkste des Landes, hinaus weiter ausdehnen. Das ist insofern ausserordentlich wichtig, als die Gewerkschaften in Italien nicht nur im Hinblick auf tarifpolitische, sondern auf wirtschaftspolitische Probleme überhaupt zu einem wichtigen Verhandlungspartner der Regierung geworden sind (zum Beispiel Arbeitsmarktpolitik, Investitionspolitik im öffentlichen Wirtschaftssektor usw.). Selbst die letzte Säule christdemokratischer Machtausübung und Hegemonie, das Management der privaten und öffentlichen Wirtschaft, beginnt zu wanken: Einflussreiche Industrielle sehen in der Patronage- und Klientelwirtschaft der DC mehr und mehr ein Hindernis für ein modernes, rationales Wirtschaften und orientieren sich vorsichtig auf die Kommunisten, die für sie bei allen Vorbehalten doch Ordnung, Disziplin und Rationalität symbolisieren.

Das Problem der KPI ist nicht wie bei der KPF, sich eine aufkom-

mende Sozialistische Partei vom Leibe zu halten; die KPI hat nach 1945 im Blick auf die politischen und sozialen Einflusszonen unwiderruflich das Erbe der Sozialisten angetreten, die es heute auf 10–12% Wählerstimmen bringen. Das Problem der Kommunisten ist, dass sie nach ihrem «zu grossen Sieg» vom Juni 1975 schon jetzt kaum genügend Kader haben, um die ihnen nach den Regional-, Provinzial- und Kommunalwahlen zugefallenen parlamentarischen Mandate, Regierungsfunktionen und leitenden Positionen in den kommunalen Betrieben und Einrichtungen (von den Sparkassen über die Krankenhäuser bis hin zum öffentlichen Nahverkehr) qualifiziert zu besetzen. Die Zahl der Kommunisten in den Regionalparlamenten stieg mit einem Schlage von 200 auf 247, in den Provinzversammlungen von 697 auf 860, in den Kommunen über 5000 Einwohnern, wo am 15. Juni gewählt wurde, von 8361 auf 12368. Allein in Turin waren nach Auskunft von Vorstandsmitglied Cossutta, der für die Parteiarbeit in Regionen und Kommunen verantwortlich zeichnet, insgesamt 400 neue Stellen von der KPI zu besetzen. Das Problem der KPI – und das gilt potentiell auch für die anderen kommunistischen Massenparteien – besteht wie bei allen Volksparteien aber zukünftig vor allem darin, die mitunter widersprüchlichen Interessen und Erwartungshaltungen ihrer zunehmend heterogenen Mitglieder- und Wählergefolgschaft auszubalancieren und dabei eine politische Linie einzuhalten, die ihren Charakter als Partei tiefgreifender gesellschaftsverändernder Strukturreformen nicht in Frage stellt. Eine Regierungsbeteiligung im römischen Zentrum jedenfalls würde die KPI vor eine echte Zerreissprobe stellen, von der niemand voraussagen kann, wie sie ausgehen würde.

III.

Geht man den *Gründen* für die hierzulande oft unverständliche politische Stärke des romanischen Kommunismus sowie die Breite seiner sozialen Einflusszonen nach, so stösst man vor allem auf zwei Punkte. Zum einen ist zu verweisen auf ihren historischen oder gegenwärtigen Kampf gegen den Faschismus – den Kampf der portugiesischen und spanischen Kommunisten gegen die einheimischen Diktaturen, der italienischen, französischen und griechischen Kommunisten zusätzlich gegen die ausländischen Okkupanten. Durch diesen Widerstandskampf konnten sich die Kommunisten als nationale Kraft profilieren und sich Sympathien bis weit in bürgerliche Kreise, vor allem unter der Intelligenz, sichern. Von diesem Erbe zehren die Kommunisten noch heute, wenn sie mit den Sozialisten und den Kräften des fortschrittlichen Bürgertums Koalitionen zur Abwehr reaktionärer Tendenzen oder darüber hinaus zur gemeinsamen Regierungsarbeit schliessen.

Zum anderen haben es die kommunistischen Massenparteien in Frankreich und Italien zunehmend verstanden, den gesellschaftlichen Reformdruck in der Bevölkerung, der sich oft auch nur in einer diffusen Unzufriedenheit äussert, in sich aufzunehmen, im Blick auf die eigenen Ziele umzuformen und in konkrete Handlungsalternativen umzumünzen. In wachsender Masse wussten sie ihre eigenen Gesellschaftsmodelle mit den konkreten politischen und sozialen Tagesproblemen zu verbinden. Bei alledem waren sie schliesslich bereit und fähig, sich in ihrer Umwelt auch selbst zu wandeln und sich, um das berühmte «Testament» des ehemaligen KPI-Generalsekretärs Togliatti vom August 1964 zu zitieren,

«in ihren Arbeitsmethoden einem politischen und sozialen Milieu anzupassen, das in ständiger Bewegung ist». (Rinascita, 35/1964.)

Wie aber sehen die langfristigen Ziele und die konkreten Handlungsalternativen der relevanten kommunistischen Parteien Westeuropas aus? Welche Vorstellungen haben sie hinsichtlich des Verhältnisses von Staat, Partei und Gesellschaft, hinsichtlich des Verhältnisses von Demokratie und Sozialismus? Sind ihre demokratischen Zusicherungen und Garantien ernst zu nehmen oder werden sie sie bei der ersten besten Gelegenheit ignorieren und die ganze Macht an sich reissen?

Hier sei vorausgeschickt, dass sich über die langfristigen Konzeptionen der *portugiesischen* KP gegenwärtig nur schwer klare Vorstellungen gewinnen lassen. Soviel ist sicher: Die bürgerliche Demokratie westlichen Typs will sie auch als Zwischenstufe auf dem Wege zum Sozialismus nicht akzeptieren. Nicht *hierin* aber liegt der prinzipielle Gegensatz zu den meisten ihrer westeuropäischen Bruderparteien und zu den portugiesischen Sozialisten: Auch die Sozialisten wollen die westeuropäischen Formen ja keineswegs *unverändert* auf das wirtschaftlich und politisch zurückgebliebene Land übertragen, sondern nur in Verbindung mit tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturreformen. Auch die Sozialisten wollen den Latifundienbesitz zerschlagen und die grossen Einheiten des Produktiv- und Bankenkapitals vergesellschaften, um damit die wirtschaftlich bedingte politische Macht der bisher führenden Klasse der Grossagrarien und der Grossbourgeoisie zu brechen. Die *eigentlichen* Unterschiede liegen vielmehr darin, dass die KP Portugals jeder pluralistischen Artikulation der politischen und sozialen Kräfte überhaupt skeptisch gegenübersteht – sie orientiert sich seit jeher am sowjetischen Sozialismusmodell und hatte ja auch nie eine echte Chance, sich offen mit anderen Gruppierungen zu messen. Nach wie vor versteht sie sich in orthodox-leninistischer Weise als *Vorhutspartei* der Arbeiterklasse in dem Sinne, dass die Kommunisten, auch wenn sie bei Wahlen in der Minderheit bleiben, legitimiert und berufen sind, in führender

Position ideologisch und politisch die Dynamik und die Richtung des revolutionären Prozesses zu bestimmen sowie die anderen, nichtkommunistischen Kräfte zu hegemonisieren und allmählich von der tatsächlichen politischen Willensbildung des Landes auszuschalten.

Die parlamentarische Demokratie westlichen Stils verwerfen die Kommunisten aber auch deshalb, weil sie, wie eingangs geschildert, aufgrund des spezifischen Kräfteverhältnisses unter den oppositionellen Gruppierungen nach dem Umsturz vom 25. April 1974 im ausserparlamentarischen Raum wesentlich stärker sind als im parlamentarischen. Aus dieser Sicht war es für eine Partei, die sich als *die* Avantgarde des Proletariats versteht, nur konsequent, den machtpolitischen Hebel von ihren ausserparlamentarischen Positionen aus anzusetzen und parlamentarische Mehrheiten gering zu achten – in Anknüpfung an den jüngst erschienenen Prawda-Artikel des sowjetischen Ideologen Sarodow, wonach der Begriff «Mehrheit des Volkes» für Kommunisten «kein arithmetischer, sondern ein politischer Begriff» sei. So verwundert es nicht, dass KP-Chef Cunhal die Willensbildung im parlamentarischen und ausserparlamentarischen Bereich einander künstlich gegenüberstellt und bei aller verbalen Reverenz vor der gewählten Konstituante eindeutig der ausserparlamentarischen Dynamik die höhere revolutionäre Legitimität zuspricht.

Noch kann niemand mit Bestimmtheit sagen, wohin die Revolution in Portugal geht und ob sie langfristig von den Kommunisten bestimmt werden wird. Was den Anhängern Cunhals vorzuschweben scheint, ist der Weg einer «Entwicklungsdiktatur» unter politischer Führung der Kommunisten. Dabei ist zu bedenken, dass es in der machtpolitisch noch immer entscheidenden Streitkräftebewegung neben kommunistischen auch starke basisdemokratische Gruppierungen auf dem äussersten linken und einflussreiche reformsozialistisch orientierte Strömungen auf dem rechten Flügel gibt. Doch auch im Lande hat sich mittlerweile eine breite Grundströmung gegen den Machtanspruch der Kommunisten formiert, der es Cunhal geraten erscheinen lässt, seine Ziele vorerst zurückzustecken. Nicht auszuschliessen ist, dass jetzt, nachdem Cunhals Eilmarsch zur Macht gestoppt worden ist und in einem Fiasko zu enden droht, innerhalb der KP selbst Spannungen über den zukünftigen Kurs der Partei entstehen werden und dass die dogmatische moskauorientierte Führung unter Cunhal durch eine mehr nationalkommunistische, reformorientierte Führung unter Ingles oder Pato abgelöst wird.

Die übrigen relevanten kommunistischen Parteien in Italien, Frankreich, Spanien sowie auch eine Reihe kleinerer Parteien, zum Beispiel die Norweger, Schweden, Belgier, Schweizer unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht grundsätzlich von den Positionen ihrer portugiesischen (wie auch von ihren

am Sowjetmodell orientierten bundesdeutschen und dänischen) Bruderparteien. Die KP Spaniens beispielsweise stellte in ihrem Entwurf für ein neues Parteiprogramm von 1973 ohne Umschweife fest:

«Kein Lehrmeister des Marxismus hat die Einparteienkonzeption entwickelt oder die Vorstellung einer durch Gesetz gegenüber den anderen Parteien privilegierten kommunistischen Partei, die Erhebung des Marxismus zur offiziellen Staatsphilosophie, die Unterwerfung von Kultur und Kunst unter administrative Normen, das staatliche Informationsmonopol oder die Existenz eines einzigen, allein gültigen Sozialismusmodells.»

Während es in Osteuropa nicht zuletzt aufgrund der sozioökonomischen Rückständigkeit beim Aufbau des Sozialismus gravierende Fehlentwicklungen gegeben habe, liege auf der Hand, und das habe schon Lenin vorausgesehen,

«dass der Sieg des Sozialismus in einem oder mehreren entwickelten kapitalistischen Ländern logischerweise entwickeltere Formen des Sozialismus mit sich bringen und dem Sozialismus überall helfen wird, sich auf ein höheres, entwickelteres Niveau zu erheben.»

In diesem Sinne haben sich die genannten Westkommunisten bereits seit geraumer Zeit daran gemacht, einen spezifisch «westeuropäischen Weg zum Sozialismus» zu entwickeln – einen Sozialismus, der KPI-Chef Berlinguer zufolge

«neue Wege sucht, verschieden von jenen in anderen Ländern [gemeint ist hier vor allem die Sowjetunion, H. T.] und in voller Harmonie mit den Besonderheiten und Traditionen einer jeden Nation sowie mit den gemeinsamen Zügen in diesem Teil des Kontinents». (Unità, 27. Januar 1974.)

Im Konzept dieser Parteien ist eine Revolution im Sinne eines gewaltsamen Umsturzes der herrschenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung nicht mehr vorgesehen. Dafür würden die Kommunisten auch kaum Bündnispartner finden. Sie orientieren sich nicht länger an Lenins Auffassung vom bürgerlichen Staat als einer blossen Unterdrückungsmaschine, die im Verlauf der Revolution vollständig zerbrochen werden müsse. Vielmehr lehnen sie sich eng an Engels' Staatskonzeption an – insofern jedenfalls, als dieser davon ausgeht, dass der reich gegliederte bürgerliche Staat den Aktivitäten der Arbeiterklasse soviel Raum lässt, dass sie ihn von *innen* her überwinden und gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften zu einer sozialistischen Gesellschaft aufbauen können. Mit Togliatti (und gegen Lenin) sehen sie die *Kernfrage* in Westeuropa darin,

«ob es den werktätigen Klassen möglich ist, im Rahmen eines Staates, der sein Wesen als bürgerlicher Staat nicht geändert hat, Machtpositionen zu erobern, und infolgedessen, ob der Kampf um eine fortschreitende Veränderung dieses Wesens von innen her möglich ist».

Was die weitere Perspektive angeht, so machten sie deutlich, dass es für sie nicht darum gehe, die Essentials der politischen Demokratie wie die Meinungs-, Organisations- und Pressefreiheit im Sozialismus aufzuheben, sondern sie durch ihre Ausdehnung auf den wirtschaftlichen Bereich überhaupt erst zur vollen Entfaltung zu bringen. Die Geringschätzung der angeblich nur formalen bürgerlichen Grundfreiheiten, die übrigens im Marx'schen Verständnis ganz undialektisch war, da sie es ablehnte, die vom fortschrittlichen Bürgertum und der Arbeiterklasse im Kapitalismus erkämpften positiven Elemente für den Sozialismus fruchtbar zu machen – diese Geringschätzung der Grundfreiheiten wurde, sicher nicht zuletzt unter dem Eindruck der negativen Entwicklungen in Osteuropa, im wesentlichen überwunden. So will beispielsweise die KPF «die Demokratie, ausgehend von dem, was das Volk in den Kämpfen in Jahrhunderten errungen hat, auf alle ausdehnen». Denn

«wie sollte die heutige Arbeiterklasse, Erbin der damaligen Kämpfe für Fortschritt und Freiheit, die Bedeutung dieser Errungenschaften des Volkes, die so viel Kämpfe und Blut forderten, nicht hochschätzen?» (Georges Marchais, 1973.)

In diesem Sinne entschlossen sich die Kommunisten Italiens, Spaniens und Frankreichs, einige bislang vage gebliebene Zusicherungen, beispielsweise hinsichtlich des Verhältnisses von Parteien, Staat und Gesellschaft, «pluralistischer» zu fassen. Danach soll es auch im Sozialismus keine Staatsideologie geben. Vielmehr werden mehrere ideologisch und politisch unterschiedliche Parteien und Organisationen einander im Zeichen eines – so der spanische KP-Chef Carrillo – «philosophischen und politischen Pluralismus» kontrollieren und hinsichtlich der Führung des Landes miteinander konkurrieren. Die Individualrechte werden ebenso wie die Organisationsfreiheit zum Beispiel für die Gewerkschaften (einschliesslich des Streikrechts) garantiert. Auch das Prinzip der freien Mehrheitsbildung wurde von ihnen akzeptiert, unter der Bedingung freilich, dass die oppositionellen nichtsozialistischen Kräfte den Boden der Legalität nicht verlassen. Carrillo zog aus den bösen Folgen der Liquidierung des Parteienpluralismus in Spanien (und wohl auch aus den Erfahrungen mit osteuropäischen Sozialismusmodellen) den Schluss, dass ein Parteienpluralismus notwendig sei, weil die Parteien «die unterschiedlichen Interessen und Positionen der

verschiedenen sozialen Klassen und Schichten reflektieren». Ebenso wie er sind die meisten anderen Westkommunisten der Ansicht, dass auch ein sozialistischer Staat ein Interesse an einem reich gegliederten System politischer und sozialer Kräfte haben müsse, damit die unvermeidlich auftretenden gesellschaftspolitischen Widersprüche artikuliert, diskutiert und gelöst werden könnten.

IV.

Wenn die Kommunisten versprechen, solche individuellen und kollektiven politischen und sozialen Freiheitsrechte zu achten, so bedeutet das freilich kaum mehr als die Anerkennung und Übernahme von Errungenschaften, wie sie grossenteils bereits vom Bürgertum des 19. Jahrhunderts erkämpft und später von den Sozialdemokraten weiter ausgebaut wurden. Was macht denn heute, so muss man fragen, überhaupt den *revolutionären* Charakter der kommunistischen Parteien Westeuropas aus?

Wenn Revolution für sie nicht mehr mit Barrikadenkämpfen und gewaltsamem Umsturz identisch ist, lautet die Antwort, so bedeutet für sie umgekehrt die Eroberung einiger Ministersessel im bürgerlichen Staat noch lange nicht die Einführung des Sozialismus. Revolutionär sein bedeutet nicht, die Krise des Kapitalismus mitzuverwalten und den bürgerlichen Kabinetten eine breitere Basis zu geben. Revolutionär sein heisst für sie heute – und darin wurden sie durch die chilenischen Erfahrungen bestärkt und bestätigt –, wirkliche Änderungen im gesellschaftlichen Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeitnehmerschichten durchzusetzen und die *politische* Macht der Linken durch die Erringung der entscheidenden *sozialen* Machtpositionen im wirtschaftlichen und administrativen Bereich (Schlüsselindustrien, Banken, Grossgrundbesitz, Armee und Verwaltung usw.) abzusichern. Und zwar nicht nur, um potentiell konterrevolutionären Kräften den Boden zu entziehen, sondern vor allem deshalb, um eine demokratische Planung von Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.

Aus dieser Sicht bestand die KPF in ihrem gemeinsamen Regierungsprogramm mit den Sozialisten von 1972 auf der Überführung der gesamten Bodenschätze, der Rüstungs-, Raumfahrt-, Atom- und pharmazeutischen Industrie und eines Teiles der Computer- und chemischen Industrie in Gemeineigentum. Weitere Produktionsbereiche sollen über staatliche Beteiligungen in den Planungsprozess einbezogen werden. In Italien und Spanien dagegen halten die Kommunisten weitere Verstaatlichungen für überflüssig: In beiden Ländern sind die Grossbanken bereits heute in staatlicher Hand, bereits heute existiert ein umfangreicher staatlicher Wirtschafts-

sektor, der in Italien in den Schlüsselbereichen rund 55% ausmacht. Tiefgreifende Strukturmassnahmen einzuleiten heisst unter diesen Bedingungen für beide Parteien, neben einer einschneidenden Agrarreform eine effizientere Rahmenplanung im staatlichen sowie – in Abstimmung damit – eine konsequente Investitionskontrolle im privaten Wirtschaftsbereich durchzusetzen.

Hier wird noch einmal deutlich, dass die Kommunisten die starke Basisverankerung in den Gewerkschaften, Genossenschaften oder auch, wie in Italien und teilweise in Frankreich, in den kommunalen und regionalen politischen Körperschaften nicht allein zur Schaffung einer breiten und stabilen Wahlklientel anstreben. Wollen sie ihr Programm gesellschaftsverändernder Strukturreformen durchsetzen, so müssen sie in der Lage sein, entsprechenden Gesetzesentwürfen parlamentarischer Mehrheiten, wenn sie auf den entschiedenen parlamentarischen und ausserparlamentarischen Widerstand der bislang privilegierten Gruppen stossen, ihrerseits durch Gegenmacht aus dem sozialen Bereich oder von der Peripherie her Nachdruck zu verleihen.

Für die KPI beispielsweise kommt daher eine Regierungsbeteiligung ernsthaft überhaupt erst dann in Frage, wenn sie sich hinreichende Machtpositionen in den Regionen und Provinzen sowie an der Basis (in Gemeinden und Fabriken sowie in Gestalt der «organischen» Gewerkschaftseinheit) geschaffen hat. Auf keinen Fall darf sich eine Schere auftun zwischen ihrer Beteiligung an der Zentralgewalt und ungenügender Absicherung dieses Mitbestimmungsanspruchs an der Peripherie und an der Basis. Unter diesem Aspekt hat sie bei den Juniwahlen in der Tat einen Schritt nach vorn in den Regierungsbereich hinein getan: Sie ist heute erste Partei in sieben (von 20) Regionen, in 34 (von 95) Provinzen und in den wichtigsten Metropolen: In Rom, Mailand, Turin, Genua, Florenz, Neapel.

V.

Da die Kommunisten gleichwohl *allein* zu schwach sind, um ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen, streben sie entsprechend den jeweiligen nationalen Bedingungen ein festes Bündnis mit all jenen sozialdemokratischen, sozialistischen, christlichen und bürgerlich-fortschrittlichen Kräften an, die bereit sind, eine konsequente Reformpolitik mitzutragen. Dabei zeichnete sich inzwischen bemerkenswerterweise ein Trenngraben zwischen jenen Parteien ab, die wie die deutsche und die dänische KP nach wie vor auf dem traditionellen Führungsanspruch der Kommunisten bestehen,

und jenen, die bei der Vorbereitung von Bündnissen nicht automatisch die Führungsfrage stellen wollen. In manchen Ländern, so der Spanier Carrillo, könnten die Kommunisten aufgrund ihrer Stärke eine erstrangige Rolle im Bündnis der demokratischen Kräfte spielen; in anderen Ländern würden sie nur der linke Flügel, der Stimulus dieses Bündnisses sein. Für die KPF ist die jahrelange kommunistische Initiative zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Regierungsprogramms der Linken geradezu ein Musterbeispiel für die neue Avantgarde-Interpretation der Kommunisten.

Die KP Spaniens selbst hat sich zum Nahziel gesetzt, in einem breiten Bündnis aller antifrankistischen Kräfte von den Kommunisten bis hin zu den oppositionellen Monarchisten den – wenn möglich friedlichen – «politischen Bruch» mit dem Franco-Regime zu vollziehen, um die Überreste der feudalen Gesellschaftsordnung zu beseitigen und den nach dem Bürgerkrieg von 1936–1939 unterbrochenen Weg der bürgerlich-demokratischen Revolution zu Ende zu führen. Gleichzeitig machte Carrillo freilich darauf aufmerksam, dass dieses Bündnis nur taktischer Natur sein könne: In dem Moment, in dem zur Konstituante gewählt werde, habe der «Freiheitspakt» der Regimegegner seine Aufgabe erfüllt. Dann werde sich zeigen, dass der gemeinsame Kampf um die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie die Klassengegensätze zwischen den konservativen und den fortschrittlichen Kräften der Anti-Franco-Allianz nicht beseitigt habe. Während die konservativen Teile des Bürgertums für die Erhaltung des dann erreichten gesellschaftspolitischen Status quo eintreten würden, könne der fortschrittliche Flügel des Bündnisses die Wiederherstellung der politischen Freiheiten nur als eine Etappe, als einen ersten Schritt auf dem Wege zum Sozialismus in Spanien ansehen, und deshalb werde er für seine Verwirklichung weiterkämpfen, freilich im Rahmen der gemeinsam errungenen verfassungsmässigen Legalität. («Demain l'Espagne», Paris 1974.)

Bisher ist es der 1974 unter kommunistischer Mitwirkung in Paris gegründeten «Demokratischen Junta» freilich noch nicht gelungen, alle oppositionellen Kräfte zusammenzufassen, so dass die Ankündigung der Kommunisten, innerhalb von 48 Stunden könne in Madrid eine Regierung aller Demokraten gebildet werden, zu optimistisch erscheint. Nicht zuletzt aufgrund ihrer historischen Erfahrungen mit den Kommunisten in Spanien sowie unter dem Eindruck der sozialistisch-kommunistischen Auseinandersetzungen in Portugal lehnte die Sozialistische Arbeiterpartei, die stärkste Gruppierung im sozialistischen Spektrum, trotz weitgehender Übereinstimmung in der Programmatik ein Bündnis mit der KP ab und gründete mit starken christdemokratischen Formationen die oppositionelle Parallel- und Konkurrenzorganisation «Plattform der demokratischen Konvergenz». So gesehen ist die antifrankistische Opposition auch in ihrer linken Kompo-

nente vorerst wenig einheitlich und schlagkräftig. Zu ersten ernsthaften Absprachen zwischen der «Demokratischen Junta» und der «Plattform» kam es erst nach den fünf Hinrichtungen im September 1975.

Die Bündnispolitik der *italienischen* KP zielt auf den sogenannten «historischen Kompromiss» – auf das Zusammenwirken zwischen den, wie sich Parteichef Berlinguer ausdrückte, «drei grossen volkstümlichen Strömungen: der kommunistischen, der sozialistischen und der katholischen», das heisst eine Regierungsbildung auf der Basis einer Drei-Parteien-Verständigung zwischen Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten, gegebenenfalls unter Beschränkung des kommunistischen Beitrags auf die parlamentarische Unterstützung einer christdemokratisch-sozialistischen Koalition.

Diese Linie wurde 1973 nach den chilenischen Ereignissen präzisiert, wobei erstmals die Formel «historischer Kompromiss» auftauchte. Berlinguer zog damals aus den chilenischen Erfahrungen die Lehre,

«dass die Einheit der Arbeiterparteien und der Linkskräfte für eine Verteidigung und den Fortschritt der Demokratie nicht ausreicht, wenn dieser Einheit ein von der Mitte bis zur extremen Rechten reichender Parteienblock gegenübertritt. Es wäre völlig illusorisch zu glauben, dass die Parteien und Kräfte der Linken selbst mit 51% der Stimmen und der Parlamentssitze eine Garantie für das Überleben und die Arbeitsfähigkeit einer Regierung hätten, die Ausdruck jener 51% wäre».

Für die Kommunisten bedeutet das, verstärkt den Kampf um die politische Mitte zu führen und ihre politischen Repräsentanten für eine Erneuerung des Landes zu gewinnen, denn – so weiter Berlinguer –

«die Ernsthaftigkeit der Probleme des Landes, die immer bedrohlicheren Gefahren reaktionärer Abenteurer, und die Notwendigkeit, der Nation schliesslich doch einen sicheren Weg wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Erneuerung und demokratischen Fortschritts zu öffnen: All dies bedeutet, dass die Zeit immer mehr drängt und reif ist, um das anzustreben, was als der neue grosse «historische Kompromiss» zwischen den Kräften bezeichnet werden kann, die die überwältigende Mehrheit des italienischen Volkes in sich vereinen und repräsentieren». (Rinascita, 12. Oktober 1973.)

In *Frankreich* bleibt den Kommunisten kaum eine andere Wahl, als im Bündnis mit den Sozialisten und den linksliberalen Radikalsozialisten gerade jene Basis von 51% Wählerstimmen anzupeilen, die die KPI als zu schmal

für eine Politik konsequenter Strukturreformen ansieht. Dieses Bündnis, das bei den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1974 den Sieg nur um Haarsbreite verfehlte, ist gegenwärtig allerdings nicht nur mit der schweren Hypothek der kommunistisch-sozialistischen Auseinandersetzungen in Portugal belastet, die stark auf die politische Szene in Frankreich einwirken; es leidet vor allem an einer Profilneurose der KPF.

Diese neue Situation hat zu erheblicher Unruhe an der Basis und in dem noch stark an traditionalistischen Vorstellungen orientierten mittleren Führungskader geführt – Unruhen und Unsicherheiten, die bis in die Parteitopfe durchschlugen und die Stellung von Generalsekretär Marchais, den man für die kommunistischen Positionsverluste im Linksbündnis verantwortlich machte, empfindlich schwächte. Die Folge war ein schwerer Rückschlag für all diejenigen, die mit dem Parteichef eine vorsichtige ideologische und politische Öffnung der KPF eingeleitet hatten, zugunsten derer, die den traditionellen Vorhut- und Führungsanspruch der Kommunisten nicht aufgeben wollen: Niemand möchte sich in der gegenwärtigen Situation parteiinternen Kräftermessens den Vorwurf ideologischer und politischer Kompromissfreudigkeit zuziehen, am wenigsten Marchais selbst.

So haben sich denn die Kommunisten, wie Marchais betonte, «entschieden an die Spitze des Kampfes der Arbeiter gestellt», um ihre Avantgardefunktion als *die* Partei der Arbeiterklasse durch die Tat zu beweisen und ihren Charakter als die eigentlich revolutionäre Partei zu unterstreichen. Sie haben zum Beispiel eine landesweite Kampagne gegen die multinationalen Ölkonglomerate entfacht und über die kommunistisch kontrollierte CGT-Gewerkschaft eine härtere Gangart in den Arbeitskämpfen eingeschlagen.

Wichtiger war jedoch, dass sie im Herbst 1974 ziemlich unvermittelt dazu übergingen, den sozialistischen Verbündeten als ideologisch und politisch unzuverlässigen Partner hinzustellen. Damit vertieften die Kommunisten nicht nur die ohnehin vorhandenen Gegensätze im Linksbündnis: Der Versuch, sich durch die pauschale Charakterisierung der Sozialisten als «sozialdemokratisch-reformistische Strömung» innerhalb der Arbeiterbewegung als die einzige, gleichsam automatisch zur ideologischen und politischen Führung berufene Kraft der Linken zu profilieren, weckte erneut Zweifel an den demokratischen Zusicherungen der lange Zeit am sowjetischen Gesellschaftsmodell orientierten KPF, zumal all dies verbunden war mit einer nahezu vorbehaltlosen Solidarisierung mit der KP Portugals und ihrer Politik.

Trotz dieser Auseinandersetzungen innerhalb der Linksunion dürfte das Bündnis jedoch nicht zerfallen: Sozialisten und Kommunisten wissen zu genau, dass sie den endgültigen Durchbruch zur Macht nur *gemeinsam* schaffen können.

VI.

Was bedeutet eine kommunistische Regierungsbeteiligung für das westliche Bündnis?

Es ist gar keine Frage, dass sie in einem der einschlägigen Länder die sicherheitspolitische Lage des westlichen Bündnisses erheblich komplizieren und zu neuen Überlegungen herausfordern würde. Ein Mann wie der stellvertretende italienische Ministerpräsident und Führer der linksliberalen Republikaner Ugo La Malfa, der den italienischen Kommunisten mit Blick auf die Innenpolitik mittlerweile die «demokratische Reife» attestierte, hält aus aussen- und sicherheitspolitischer Sicht einen Regierungseintritt selbst der KPI – der «proatlantischsten» also unter den Westkommunisten – noch immer für ein unzumutbares Risiko, weil er weitere Elemente der Unsicherheit in das westliche Bündnis hineinbringen und das machtpolitische Gleichgewicht zwischen Ost und West weiter zugunsten des Ostens verschieben würde. (Corriere della Sera, 22. Februar 1975.)

Was die demokratischen Zusicherungen der Westkommunisten angeht, so kann natürlich niemand vorhersagen, ob sich die Kommunisten auch dann, wenn sie einflussreiche Regierungspositionen erobert haben, an die demokratischen Spielregeln halten werden.

Bei den italienischen, spanischen, mit den erwähnten Vorbehalten auch bei den französischen Kommunisten sowie bei den meisten kleinen kommunistischen Parteien Westeuropas spricht vieles dafür, dass sie es tatsächlich ernst meinen mit ihrem pluralistischen Sozialismusmodell. Zum einen haben sie sich mittlerweile zum Parteien- und Organisationspluralismus sowie zum Prinzip der freien Mehrheitsbildung bekannt, und das nicht nur als taktisch-verbale Pflichtübung: Nach ihrer Auffassung hat auch der sozialistische Staat ein vitales Interesse an einem reich gegliederten, pluralistischen System, da nur ein solcher Pluralismus den verschiedenen Klassen und Schichten eine Chance zur Artikulation ihrer unterschiedlichen Interessen einräume. Mehrfach haben sich Berlinguer und Carrillo daher von dem Verhalten ihrer portugiesischen Bruderpartei distanziert, zuletzt in einem gemeinsamen Kommuniqué vom Juli 1975, in dem es mit Blick auf die Entwicklung in Portugal heisst:

«Die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft setzt die Überzeugung voraus, dass sich der Sozialismus in unseren Ländern nur durch die Entwicklung und volle Anwendung der Demokratie verwirklichen lässt. Er umfasst die Anerkennung und die Garantie der persönlichen und kollektiven Freiheiten, den weltlichen Charakter des Staates und seine demokratische Gliederung, den in freier Dialektik begründeten Parteienpluralismus, die Autonomie der Gewerkschaften, die Freiheit der Religion und des Kultes

sowie die Freiheit der Meinung und der kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Betätigung.» (L'Unità, 12. Juli 1975.)

Man verschliesst sich somit nicht länger der Einsicht, dass ernste Widersprüche zwischen den gesellschaftlichen Gruppen sowie zwischen «Basis» und «Überbau» auch im Sozialismus auftreten können und ihren organisatorisch-politischen Ausdruck finden müssen: Eine kommunistisch geführte Regierung müsse, so heisst es in einer Stellungnahme der KPI, des Zwanges enthoben sein, in Krisensituationen zur Gewalt zu greifen, wie es in Osteuropa nicht selten geschieht.

VII.

Darüber hinaus gewinnen die erwähnten Westkommunisten dadurch an Glaubwürdigkeit, dass sie oft harte Kritik an Theorie und Praxis der östlichen Sozialismuskonzeptionen geübt und sich auch hinsichtlich der Aussenbeziehungen weitgehend von Moskau emanzipiert haben.

Was das Sozialismusmodell angeht, so identifizierten sich die italienischen und spanischen Kommunisten – die Franzosen waren hier zurückhaltender – ausdrücklich auch mit den *Inhalten und Zielen* des tschechoslowakischen Reformkurses, wie sie beispielsweise in dem bekannten Aktionsprogramm der KPČ vom April 1968 formuliert worden waren. Damals, wie auch zwei Jahre später, anlässlich der polnischen Dezemberunruhen 1970, kritisierten sie ganz allgemein das Auseinanderklaffen von Demokratie und Sozialismus in Osteuropa und forderten eine Neubestimmung des Verhältnisses von Partei, Staat und Gesellschaft, wie sie es für sich selbst entwickelt hatten.

Parallel dazu begannen die Westkommunisten auch ihre *internationalistischen* Bindungen im Rahmen der kommunistischen Weltbewegung neu zu definieren. War für sie die Sowjetunion bis in die fünfziger Jahre hinein das kommunistische Bollwerk, das die eigenen Hoffnungen auf einen revolutionären Umbruch verkörperte und daher bedingungslos gegen befürchtete Anschläge aus dem Westen geschützt werden musste, so führte ihnen spätestens die Intervention in der Tschechoslowakei vor Augen, dass sich die Aussenpolitik Moskaus primär von der sowjetischen *Staatsräson* leiten lässt und darüber die Interessen ihrer westlichen Bruderparteien vergisst. Als beispielsweise die spanischen Kommunistenführer Dolores Ibárruri und Santiago Carrillo am 22. August 1968 in Moskau gegen die Intervention protestierten, erhielten sie von Politbüromitglied Suslow zur Antwort, sie verträten eine «kleine Partei», deren Interessen nicht über denen des Sowjetstaates stehen könnten.

So wurden die Aussenbeziehungen der kommunistischen Parteien Westeuropas mehr und mehr zu einer Funktion ihrer jeweiligen Innenpolitik – und das bedeutete fast automatisch das Ende einer wirkungsvollen Koordinierungsmöglichkeit von der Moskauer Zentrale aus. Wenn die Sowjets gegenwärtig über eine gesamteuropäische Kommunistenkonferenz versuchen, die Parteien Ost- und Westeuropas wieder enger miteinander zu verklammern und ihnen ideologisches und politisches Marschgepäck mit auf den Weg zu geben, so werden sie dabei scheitern.

Die wachsende Autonomie der Einzelparteien gegenüber den Sowjets beginnt bereits mit Extratouren der KP *Portugals*, einer der, wie wir sahen, normalerweise moskautreuesten kommunistischen Parteien der Welt überhaupt. Ohne Rücksicht auf den sowjetischen Wunsch nach einer ungestörten Fortsetzung der globalen Entspannungspolitik, die bei einer abrupten Änderung des politischen und sozialen Status quo in Westeuropa nicht gewährleistet wäre, setzen die portugiesischen Kommunisten ihren Kurs radikaler Revolutionierung der Gesellschaft fort.

Die *spanischen* Kommunisten ihrerseits, die an einer Überwindung des Franco-Regimes interessiert sind, machen den Sowjets offen zum Vorwurf, durch ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern das dort bestehende kapitalistische System ökonomisch zu stärken.

«Es scheint, als bestehe eine Übereinkunft zwischen den Supermächten, progressive Kräfte daran zu hindern, in Westeuropa an die Macht zu kommen»,

erklärte KP-Chef Carrillo gegenüber US-Journalisten (Time, 28. Juli 1975). Hierbei ist die Charakterisierung der Sowjetunion als gewöhnliche Supermacht neben den Vereinigten Staaten mindestens ebenso interessant wie der inhaltliche Vorbehalt gegenüber ihrer Status-quo-Politik.

Auch die *KPF* hat Grund, sich bei all ihrer nach wie vor starken Loyalität gegenüber dem Land und der Partei der Oktoberrevolution über die Moskauer Prioritätensetzung zu beklagen, wie sie beispielsweise während des französischen Präsidentschaftswahlkampfes vom Mai 1974 zum Ausdruck kam. Zunächst die offene Favorisierung des gaullistischen Kandidaten Chaban-Delmas und nach dessen Ausscheiden die für die Vereinigte Linke und ihren Kandidaten Mitterrand geradezu provokative Unterstützung für Giscard d'Estaing, deutlich geworden durch den Besuch des sowjetischen Botschafters Tscherwonenko mitten im Wahlkampf – all dies macht deutlich: Zumindest gegenwärtig zieht die Sowjetführung bürgerliche Regierungspartner unkontrollierbaren Entwicklungen vor.

Am deutlichsten aber setzten sich die italienischen Kommunisten durch eigene konstruktive Konzeptionen von den sowjetischen Vorstellungen ab

und begannen, wie sie es selbst nannten, eine eigene «neue Westpolitik» zu entwickeln. Das bezog sich einmal auf ihr militärpolitisches Engagement. Hatte die KPI auf ihrem Parteitag von 1969 noch für den einseitigen Austritt Italiens aus der NATO plädiert, so liess sie diese Absicht auf ihrem diesjährigen Kongress fallen. Berlinguer mahnte seine Partei sogar eindringlich, bei allen Entspannungsbemühungen mit – wie er sagte – «grosser Aufmerksamkeit und starkem Realitätssinn» das militärstrategische Gleichgewicht zwischen den Blöcken in Rechnung zu stellen. Die Überwindung der Blöcke könne nur das Ergebnis der Entspannung sein, nicht aber ihre Voraussetzung. Denn – so Berlinguer weiter –

«die vollständige Auflösung der Blöcke erscheint in einer solchen Perspektive als ein voraussichtlich nicht sehr naher Schlusspunkt der Entspannung. Das Ziel der Blockauflösung als eine Voraussetzung der Entspannung sehen zu wollen würde hingegen bedeuten, es unmöglich zu machen. Dies würde den umfassenden Prozess in Richtung auf Entspannung und Zusammenarbeit vielmehr komplizieren und verlangsamen». (L'Unità, 11. Dezember 1974.)

Noch interessanter aber ist der Entschluss der italienischen – und übrigens auch der belgischen und spanischen – Kommunisten, die Europäische Gemeinschaft nicht länger als eine wirtschaftlich und politisch gefährliche Konstruktion zu betrachten, die es so rasch wie möglich zu zerstören gelte, sondern sich konstruktiv in die Diskussion über die Zukunft Europas einzuschalten und sich am Aufbau der EG aktiv zu beteiligen. Dieser europapolitische Ansatz rückte mittlerweile geradezu in das *Zentrum* der aussenpolitischen Aktivitäten der KPI. Während Moskau der Formierung eines wirtschaftlich, politisch und möglicherweise auch militärisch integrierten Machtblocks an der Westflanke seines osteuropäischen Hegemonialbereichs äusserst reserviert gegenübersteht, wurden für einige Parteien wie die italienischen und die spanischen Kommunisten westeuropäische Integration und Supranationalität zu einer «Bedingung der Unabhängigkeit der europäischen Staaten überhaupt» – so Sergio Segre, der aussenpolitische Experte der KPI. Mit dieser Konzeption stehen beide Parteien den westeuropäischen Sozialisten erheblich näher als einigen ihrer Bruderparteien.

All dies brachte der erwähnte KPI-Politiker Galluzzi schon vor Jahren auf die Formel: «Wir sind eine westliche Partei.» So selbstverständlich die Geschichte dieser Parteien Anlass zu einer kritischen Überprüfung solcher Aussagen bleibt, so verfehlt wäre es, allein an der Vergangenheit fixiert, sich den Blick für die Wirklichkeiten der Gegenwart verstellen zu lassen.